

**Kommentar zu den Thesen von Prof. Dr. Thomas Klie in der Arbeitsgruppe
Ländlicher Raum auf der Fachtagung „Freiwilligensurvey und Engagementpolitik
der Länder – Empirische Befunde, politische Konsequenzen, Forschungsbedarfe“
von Olaf Ebert, Lagfa Sachsen-Anhalt e.V.**

Zur These (1+2): Engagement ist im ländlichen Raum stark verbreitet, aber es gibt nicht den ländlichen Raum, sondern große Unterschiede zwischen Regionen rund um Ballungsgebiete bzw. wirtschaftlich starke Regionen mit ausgeprägter Infrastruktur sowie andererseits strukturschwache Gebiete mit einem sichtbaren Rückgang der Infrastruktur und damit auch des bürgerschaftlichen Engagements. Der Freiwilligensurvey sollte die Entwicklung der lokalen Vereins- und „Kümmererstrukturen“ stärker berücksichtigen: Sind diese in den vergangenen Jahren wachsend, konstant oder rückläufig?

Zur These (3): Traditionelle Vereine sind vielerorts, aufgrund von Überalterung und fehlender Innovation, in ihrem Bestand bedroht. Es gibt gleichzeitig neue Assoziationen, die Verantwortung für ihren Ort, einzelne Menschen oder Themen übernehmen. Ebenso sind Tendenzen, wie der Rückzug ins Private verbunden mit Resignation, insbesondere in strukturschwachen ländlichen Räumen zu beobachten. In diesem Zusammenhang werden nicht nur im Osten rechtsextreme Unterwanderungen sichtbar, in dem neue „Kümmerer“ Verantwortung in bestehenden Orts- und Heimatvereinen übernehmen, Dorffeste oder Friedhofspflege organisieren. An dieser Stelle wäre eine differenziertere Erhebung des freiwilligen Engagements wünschenswert, die allerdings eher von qualitativen Studien geleistet werden kann.

Zur These (4): Ländliche Räume erfahren einen Modernisierungsschub. Dies mag für die Peripherie von Ballungsgebieten sowie für einzelne kleine Gemeinden mit einer lebendigen Zivilgesellschaft gelten. In der Fläche strukturschwacher Gebiete, die vom demographischen Wandel, Abwanderung und dem Wegbrechen öffentlicher Daseinsvorsorge gekennzeichnet sind, ist eher das Gegenteil der Fall. Auch hier zeigt sich: Es gibt nicht den ländlichen Raum und es wären insbesondere qualitative Milieustudien erforderlich, um ein fundierteres Bild zu bekommen und Anregungen zur besseren Verknüpfung von Haupt- und Ehrenamt im Bereich der Daseinsvorsorge, Gesundheit und Pflege im ländlichen Raum geben zu können.

Zur These (5): Demographischer Wandel und die Finanzsituation der Kommunen führen in strukturschwachen ländlichen Räumen zum Rückzug der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der Ruf nach mehr Verantwortungsübernahme, unter fiskalpolitischen Vorzeichen, ist meist zum Scheitern verurteilt. Hier braucht es mehr Professionalität in der produktiven Gestaltung von Bürgerbeteiligungsprozessen und der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Der Freiwilligensurvey sollte die Erfahrungswerte zum Thema lokale Bürgerbeteiligung erfassen, um daraus Handlungsbedarfe und notwendige Strategien abzuleiten.

Zur These (6): Viele Kommunen im ländlichen Raum sind Werkstätten für Bürgerbeteiligung und Engagement. Diese guten Beispiele von Bürgerkommunen gibt es in allen Bundesländern und sie sollten insbesondere regional besser verbreitet werden. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die Bundesländer gefordert, kommunale Beratung, Coaching und Prozessbegleitung „auf dem Weg zur Bürgerkommune“ sowie den kommunalen Austausch stärker zu unterstützen.

Zur These (7): Der Freiwilligensurvey liefert keine ausreichend belastbaren Daten zum Engagement im ländlichen Raum. Dies liegt insbesondere an der zu geringen Anzahl der Befragten die, bei den zweifelsohne wichtigen Länderstudien, keinen differenzierten Blick in den ländlichen Raum ermöglichen. Die Daten sollten zukünftig milieuspezifisch erhoben werden und die Anzahl der Befragten deutlich erhöht – möglichst verdoppelt – werden. Dabei sollten der Längsschnitt und die Vergleichbarkeit der Daten mit vorherigen Erhebungswellen erhalten bleiben.

Zur These (8): Die Engagementpolitik und Engagementstrategien von Bund und Ländern sollten die Spezifika des ländlichen Raumes stärker berücksichtigen. Dies kann nur bekräftigt werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie eine abgestimmte, nachhaltig wirksame Engagementpolitik von Bund, Ländern und Kommunen überhaupt erst entwickelt und gemeinsam umgesetzt werden kann. Zweifelsohne ist viel in Bewegung, nur allzu häufig parallel und ohne Koordination. Oft fehlt es an Abstimmung, Kooperationsbereitschaft und langfristiger, strategischer Ausrichtung – dies gilt für die Zivilgesellschaft ebenso wie für staatliches Handeln im Feld. An dieser Stelle gibt es noch viel zu tun. Der Freiwilligensurvey sollte eine solide Grundlage dafür sein.